Kölnische Zeitung
2. IV. 1918
135

Soll der Gemeindesozialismus nach Friedensschluß fortdauern?

Von Dr. M. Oster (Köln).

In Nr. 352 und 353 der Kölnischen Zeitung befindet sich ein Aufsatz von Dr. H. Lindemann, Stuttgart: „Die Aufgaben der Kommunen in der Übergangszeit", der neben sehr beachtlichen Ausführungen doch auch solche enthält, die vom Gewerbe- und Hausbesitzer-Standpunkt nicht unwidersprochen hingenommen werden können. Dr. Lindemann ist der Ansicht, daß „die Städte die Lebensmittelversorgung auch nach dem Krieg noch auf lange Zeit, vielleicht dauernd (!), trotz aller Widerstände des Handels behalten müssen; die Organisation der Lebensmittelverteilung habe bewiesen, daß ein großer Teil des Kleinhandels vollständig überflüssig sei; wir hätten vor dem Krieg unter einer ungesunden Hypertrophie des Kleinhandels gelitten, die eine Verteurung der Lebensmittel bewirkt hätte; es liege ein dringendes wirtschaftliches Bedürfnis vor, die städtischen Nahrungsmittelläden auch nach dem Kriege weiterzuführen und zu einer Dauereinrichtung auszugestalten."

Es ist kaum begreiflich, wie man nach den gemachten dreijährigen Erfahrungen den behördlich organisierten Lebensmittelverkauf unter Ausschaltung des Handels auch nur einen Augenblick länger wünschen kann, als infolge der Kriegsverhältnisse eben unvermeidlich ist! Gerade diese beweisen doch mit zwingender Klarheit, daß ein möglichst weit verbreiteter Kleinhandel wahrhaftig nicht überflüssig, sondern im allgemeinen Interesse höchst notwendig war und sein wird!

Ob eine Hypertrophie des Kleinhandels bestanden hat, kann dahingestellt bleiben, da jedenfalls die Allgemeinheit nicht darunter zu leiden hatte. Am allerwenigsten konnte die durch Hypertrophie bzw. Überangebot bewirkte Konkurrenz zu einer Verteurung der Preise führen! Dr. Lindemann schiebt die Schuld für diese Hypertrophie der „Bauspekulation" zu, die also im Grunde für die vermeintliche frühere Teurung verantwortlich gemacht werden soll; dieser Pfeil trifft auf alle Fälle „daneben"; denn Hausbesitzer wie Gewerbetreibende werden selbstverständlich

[illegible] des Staatssekretariates, [illegible] wirtschaftlichen Betriebes, aufs entschiedenste [illegible] an gegenwärtigen [illegible] kauf billiger wirtschaften [illegible] allen Erfahrungen. Es liegt doch auf der Hand, [illegible] Verdienst besorgte sachkundige Kaufmann den Betrieb [illegible] andrer Sorgfalt und Umsicht leitet, als Beamte, die kein [illegible] liches Interesse am Erfolg ihrer Tätigkeit haben.

Zur Vermeidung von Wucherpreisen knapper Waren können Höchstpreise auch in der Übergangszeit so lange wie nötig beibehalten werden. Im übrigen gibt es kein besseres Mittel, dem Schleichhandel, dieser widerwärtigsten Folgeerscheinung behördlicher Organisationen, ein gründliches Ende zu bereiten, als die Wiedereinschaltung eines freien möglichst weit verbreiteten Kleinhandels.

Die gleiche gemeindesozialistische Auffassung führt Dr. Lindemann auch bei seinen Vorschlägen zur Bekämpfung der Wohnungsnot in die Irre. Den Wohnungsmangel will Dr. Lindemann, da von der privaten Bauunternehmung der Teurung wegen in der ersten Friedenszeit nichts erwartet werden kann, und die gemeinnützige Bautätigkeit für diese Riesenaufgabe zu schwach ist, dadurch beseitigen, daß die Städte in Verbindung mit Staat und Reich selbst die erforderlichen Wohnungen herstellen sollen. Dr. Lindemann verkennt nicht, daß dabei infolge der jetzigen Verteurung der Baukosten und der sichern Aussicht, daß diese in wenigen Jahren wieder zurückgehen werden, gewaltige Summen „à fonds perdu" aufgewandt werden müssen, um die Mieten niedrig zu halten. Was für Summen hier der Allgemeinheit zugemutet werden, kann aus einem Artikel des Oberbürgermeisters Blüher (Dresden) im Tag B vom 12. April 1918 ersehen werden, wonach die Dresdner Baugenossenschaften die Baukosten der für Dresden erforderlichen 15 000 Kleinwohnungen auf 143 Millionen Mark berechnet haben — gegenüber einem Friedenspreis von nur 75 Millionen! Also 68 Millionen Mehrkosten allein für die Stadt Dresden, wovon Blüher 50 Millionen als verloren (weil unverzinslich) ansieht, und zwar unter der Annahme, daß auch nach der Übergangszeit die Mieten um 25 Prozent höher bleiben werden als vor dem Krieg. Blüher sagt aber im Gegensatz zu Lindemann mit Recht, daß der Neu- und Umbau von Wohnungen, deren Vermietung und Unterhaltung usw. nicht oder doch nur teilweise Sache der Gemeinden sein können, daß diese Aufgabe vielmehr am besten durch das Privatunternehmertum und die gemeinnützigen Bauvereine übernommen werde! Die Gemeinde solle diese dann durch Beschaffung von billigem Land und billigem Geld unterstützen.

Damit wird man sich eher einverstanden erklären können; nur darf man nicht oberflächlich überall dort, wo heute Wohnungsknappheit besteht, auch für die Zeit nach Kriegsschluß eine Wohnungsnot ohne weiteres voraussetzen. Vielmehr muß, ehe diese gewaltigen „verlorenen" Ausgaben auf Kosten der Steuerzahler verbaut werden, die Bedürfnisfrage viel eingehender geprüft werden, als Lindemann, für den diese überhaupt nicht mehr „zur Diskussion steht", für nötig hält. Zweifellos besteht zurzeit in manchen Industrie- und andern Städten, wohin infolge Errichtung von Kriegsgesellschaften und Kriegsfabriken zahlreiche Angestellte und Beamte zugewandert sind, Wohnungsmangel. Es ist aber mit Sicherheit vorauszusehen, daß der Friedensschluß infolge Einstellung dieser Kriegsbetriebe wieder ein Abströmen dieser zugewanderten Kreise zur Folge haben wird, so daß die zurückkehrenden Krieger wieder hinreichend freie Wohnungen vorfinden werden.

Geradezu dilettantenhaft mutet aber der Vorschlag Dr. Lindemanns an, Mietsteigerungen durch ein „allgemeines Verbot der Steigerung von Hypothekenzinsen und Mieten" unterbinden zu wollen! Als ob die Steigerung der Hypothekenzinsen die einzige Ursache der Mietsteigerung wäre! Warum befürwortet Dr. Lindemann nicht auch ein allgemeines Verbot der Steigerung aller Unterhaltungskosten, Versicherungsprämien, Kohlenpreise, städtischer Gebühren usw.? warum kein Verbot der Abwälzung der Obdachspflicht auf die Hausbesitzer? warum kein Verbot der Metallbeschlagnahmen und all der andern den Hausbesitz belastenden und zur Mietsteigerung zwingenden Schäden und Kosten?

Doch wohl aus demselben Grunde, weshalb er auch kein Verbot der Preissteigerungen für Kleider, Schuhe und vor allem der Lebensmittel vorgeschlagen hat — weil das eben wirtschaftlich unmöglich ist, obgleich diese Steigerungen 100 bis 500 Prozent der Friedenspreise betragen, die Mietsteigerungen dagegen nur 10 bis 20 Prozent! Die Mietpreise lassen sich aber ebensowenig wie Kleider-, Brot- und Fleischpreise in ewig unabänderliche Schranken pressen, sind vielmehr von den gleichen wirtschaftlichen Bedingungen abhängig wie diese.

Dr. Lindemann übersieht dabei gänzlich, daß der von ihm befürwortete Staats- bzw. Gemeinde-Sozialismus die Wohnungsnot nur weiter verschärft; denn je mehr das Privatunternehmertum zurückgedrängt und zur Geschäftsaufgabe veranlaßt wird, um so weniger wird natürlich gebaut werden können, und um so mehr und länger wird eine Wohnungsnot zu befürchten sein, da die Gemeinden allein sie unmöglich beseitigen können. Wohl könnte der Staat, der für so viele Bedarfsgegenstände Höchstpreise vorgeschrieben hat, wesentlich dadurch helfen, daß die unglaublichen Wucherpreise, die seit etwa eineinhalb Jahr für die meisten Baustoffe, besonders Eisen, Zement, Holz u. a., zum Teil sogar mit behördlicher Genehmigung erpreßt werden können, auf ein